

Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates

## „Absturz in die Schuldenwirtschaft verhindern!“

*Das Beispiel Griechenland führt uns schmerzhaft vor Augen, dass die Finanzkrise noch nicht vorbei ist. Die konjunkturelle Talsohle scheint zwar durchschritten, von einem nachhaltigen und selbsttragenden Aufschwung kann aber keine Rede sein: Stattdessen wird die Erholung maßgeblich durch die massiven Hilfspakete getragen, und die gewaltigen staatlichen Stimulierungsmaßnahmen haben aus der Bankenkrise längst eine Krise der öffentlichen Finanzen gemacht.*

### **Glaubwürdige Exit-Strategien entwickeln!**

Nur, wenn es Deutschland und dem Rest von Europa gelingt, koordinierte Ausstiegsstrategien zu entwickeln und den Abbau der staatlichen Defizite entschlossen in Angriff zu nehmen, kann die Politik wieder Handlungsspielraum gewinnen. Zentrale Voraussetzung dafür bleibt, dass jedes Land seine Hausaufgaben selbst erledigt. Zurecht sehen die EU-Verträge das Verbot von finanziellen Stützungsmaßnahmen innerhalb der Währungsunion vor. Niemand kann erwarten, dass Länder wie Deutschland oder Frankreich, die selbst schmerzhafte Struktur-reformen durchgeführt haben, einem anderen Staat finanziell beistehen, nur damit dieses Land sich entsprechende Anpassungen ersparen kann. Wie soll einem deutschen Steuerzahler vermittelt werden, dass er neue Belastungen schultern muss, während die Griechen gegen die Verschiebung des Renteneintrittsalters von 61

auf 63 Jahre protestieren? Statt Euros nach Athen zu tragen, steht zunächst einmal Griechenland selbst in der Verantwortung.

### **Stabilitätspakt stärken – Durchgriffsrechte schaffen!**

Die aktuelle Diskussion zeigt aber, dass die Institutionen auf europäischer Ebene dringend handlungsfähiger gemacht werden müssen. Die unsolide Finanzpolitik einzelner Länder darf nicht zu einer Belastung für den gesamten Währungsraum werden. Wir brauchen deshalb wirkungsvollere Instrumente und Sanktionsmechanismen, um bei Fehlentwicklungen rechtzeitig gegensteuern zu können. Insbesondere muss künftig die Verletzung des Stabilitätspaktes konsequenter bestraft und die finanz- und wirtschaftspolitische

Koordinierung in der Eurozone gestärkt werden. Hierzu empfiehlt der Wirtschaftsrat:

- Entzug des Stimmrechts im EU-Rat bei Verstoß gegen europäische Währungsregeln.
- Einsetzung eines Staatskommissars der EU mit Vetorecht beim Budget in die Regierungen von Schuldenstaaten.
- Schluss mit Tricksereien bei Haushaltsstatistiken durch Einführung von Eurostat-Kontrollrechten.
- Einführung einer Möglichkeit, Mittel aus dem EU-Kohäsionsfonds einzubehalten.

### **Vorrang für Haushaltskonsolidierung!**

Wenn nicht schnellstmöglich mit einer substanziellen Sanierung der

## Terminankündigung

**Generationenforum 2010**  
**„Moderne Bildungspolitik und neue Medien –**  
**Schrittmacher des gesellschaftlichen Wandels“**  
**am Freitag, 23. April 2010, in Berlin**

u. a. mit Dr. Kristina Schröder MdB, Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend

Zwei Podien zu den Themen

I. „Herausforderungen moderner Bildungspolitik – Welche Beiträge kann die Wirtschaft leisten?“

II. „Medienkompetenz in der digitalen Welt – Prüfstein für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe?“

Staatsfinanzen begonnen wird, droht der EU-Stabilitätspakt seine Bindungswirkung zu verlieren. Deutschland nimmt als maßgeblicher Stabilitätsanker eine zentrale Rolle ein und steht in besonderer Verantwortung die Maastricht-Kriterien schnellstmöglich wieder zu erfüllen. Umso wichtiger ist, dass die vom Wirtschaftsrat maßgeblich initiierte Schuldenbremse konsequent eingehalten wird. Doch bis dahin ist es noch ein steiniger Weg: Der Anstieg der Neuverschuldung des Bundes auf 80 Mrd. € in 2010 und die Zunahme der Gesamtverschuldung auf 77 Prozent der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung haben erneut zur massiven Verletzung des Stabilitätspaktes geführt. Sollen bis 2013 zumindest das 3-Prozent-Defizit-Kriterium und bis 2015 die verfassungsmäßige Schuldenbremse erfüllt werden können, sind strukturelle Einsparungen von jährlich 10 Mrd. € zu erbringen. Hierzu fordert der Wirtschaftsrat:

- Mehr Transparenz, Effizienz und Wirtschaftlichkeit durch ein umfassendes Benchmarking sowie kauf-

männisches Planungs- und Rechnungswesen aller öffentlichen Haushalte. Allein die Ausgaben des öffentlichen Beschaffungswesens machen jährlich 260 Mrd. € aus. 10 Prozent Einsparungen sollten sich realisieren lassen.

- Konsequente Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs (Einsparpotenzial von 15 Milliarden Euro).

- Abbau von Subventionen und Steuerausnahmen (Einsparmöglichkeiten von insgesamt 60 Milliarden Euro).

- Streichung unwirksamer Arbeitsmarktprogramme (Sparvolumen: 5 Milliarden Euro).

- Mischfinanzierungen, Gemeinschaftsaufgaben und Auftragsverwaltungen müssen zurückgeschnitten werden. Der Grundsatz „Wer bestellt, zahlt“, muss auch für die öffentlichen Haushalte gelten.

- Statt steuerlich privilegierter Rekommunalisierung von Dienstleistungen sollten innovative und leistungsorientierte Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen vorangetrieben werden.

### **Sozialsystem auf Pump nicht länger tragbar!**

Auch an Einsparungen im Sozialsystem führt kein Weg vorbei. Im Bundeshaushalt 2010 sind 177 Mrd. € für Sozialleistungen und 38 Mrd. € für Schuldzinsen veranschlagt. Diesen 215 Milliarden stehen nur 212 Milliarden Steuereinnahmen des Bundes gegenüber. Damit verliert die Politik die dringend erforderlichen Handlungsspielräume zur Stärkung zentraler Zukunftsfelder wie Bildung und Forschung. Wir können es uns nicht länger leisten, die dramatische Verschuldung vor uns herzutragen oder gar weiter aufzutürmen, denn die Haushaltswirkungen der demografischen Veränderungen stehen erst noch bevor. Die Aufgabe der Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts ist es nicht, die Bürger immer mehr zu bevormunden und Versorgungsmentalität zu pflegen. Stattdessen müssen sie das Rüstzeug erhalten, aus eigener Kraft die Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich zu meistern. Eigenverantwortung, Wettbewerb, Vorsorge und Hilfe für wirklich Bedürftige sind die Schlüssel für ein faires und tragfähiges Sozialsystem.